

Festrede anlässlich des 49jährigen Bestehens der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung am 17. November 2003 von Dr. Siegfried Schiele, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Ein halbes Jahrhundert staatliche politische Bildung in Deutschland

Ein halbes Jahrhundert staatliche politische Bildung in Deutschland



Dr. Siegfried Schiele, 17. Nov. 2003 in Hannover

49 Jahre sind ein wunderbares Alter! Man freut sich, noch eher zu den Jungen als zu den Alten zu zählen. Man steht noch in Saft und Kraft. Man hat schon einiges geleistet.

**Und das Wichtigste:
Man hat noch Zukunft!**

So gratuliere ich den Kolleginnen und Kollegen von der Niedersächsischen Landeszentrale von Herzen zu diesem markanten Geburtstag und wünsche vor allem eine gute Zukunft.

Die Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsen war im Kreis der Landeszentralen immer ein klingender Begriff, eine feste Größe. Das sollte dem Rang des Landes entsprechend auch künftig so bleiben.

Politische Bildung ist kein Luxusartikel

Die Zentralen insgesamt sind ja in die Jahre gekommen und tun gut daran, ihre Arbeit zu bilanzieren. Es war ein überragender und weiser Beschluss, nach dem unseligen Zweiten Weltkrieg Zentralen für politische Bildung einzurichten.

Die Entwicklungen im Bund und den verschiedenen Bundesländern liefen – auch in chronologischer Sicht – nicht ganz parallel, aber im Lauf der Jahre gab es in allen Bundesländern eine Landeszentrale für politische Bildung. Zum Glück gibt es auch in den neuen Bundesländern solche Zentralen.

Eine aktuelle Moment-Aufnahme macht ein bisschen Sorgen. In wenigen Ländern ist das Firmenschild „Landeszentrale für politische Bildung“ kaum mehr berechtigt, wenn man die Infrastruktur der Einrichtung genauer unter die Lupe nimmt. Ja, wir sind in großen Finanznöten, im Bund, in allen Ländern und auch in den Kommunen. Wer das nicht sieht, gehört zu den Träumern, die auch in der politischen Bildung eher Schaden anrichten. Jeder, der sparen muss, - das gilt auch für den privaten Bereich – trennt sich von dem, was am ehesten entbehrlich ist. Wenn ich im Jahr nicht drei- oder viermal, sondern nur zweimal Urlaubsreisen machen kann, geht die Welt nicht unter. Die Sache wird schwierig, wenn es um existenzielle Fragen geht.

Und nun behaupte ich mit fester Überzeugung: Politische Bildung ist kein Luxus-Gut, auf das man in Sparzeiten auch verzichten kann, politische Bildung gehört zu unserer

Ein halbes Jahrhundert staatliche politische Bildung in Deutschland

Demokratie wie die Luft zum Atmen. Ohne politische Bildung fehlt unserer Demokratie der Sauerstoff zum Atmen.

Das Verhängnisvolle in diesem Zusammenhang ist nur, dass die Demokratie selten mit lautem Knall ihren Geist aufgibt, sondern es handelt sich in der Regel um einen schleichenden Prozess, der nicht bemerkt wird, bis es zu spät ist.

Zentralen in allen Ländern

Nach 1945 war die nötige Einsicht vorhanden. Politische Bildung war damals nicht nur eine Auflage der Besatzungsmächte, sondern zumindest in manchen Bereichen bürgerschaftliche Initiative. Leute wie Bergsträsser und Eschenburg waren sich nicht zu schade, um für politische Bildung zu werben und Vereine zur politischen Bildung zu gründen. Sie haben es auch erreicht, dass in der baden-württembergischen Landesverfassung der Satz steht: „In allen Schulen ist Gemeinschaftskunde ordentliches Lehrfach“. Ich werde nicht müde, diesen Artikel zu zitieren.

Die Vereine, auf die wir heute noch stolz sein können, waren aber im Lauf der Jahre überfordert, politische Bildung, wie es notwendig war, im breiten Stil zu betreiben. Darum war es wichtig, neben dem Schulfach Sozial- bzw. Gemeinschaftskunde noch Einrichtungen zu schaffen, die im außerschulischen Bereich politische Bildungsangebote unterbreiten konnten. Bedeutsam war in diesem Zusammenhang die Errichtung der Bundeszentrale für politische Bildung, die auch schon mehr als 50 Jahre auf dem Buckel hat.

Es war einfach Normalität, dass es in jedem Land eine Landeszentrale und im Bund eine Bundeszentrale gab. Die Rahmenbedingungen waren und sind je nach Land unterschiedlich, aber das Ziel „Stärkung unserer Demokratie“ war das einigende Band aller Landeszentralen.

Nun gibt es keine empirisch gesicherte Datenbasis über die Leistungen politischer Bildung im öffentlichen Auftrag in Deutschland. Auch mit feinsten Instrumenten von Evaluation kann ich die entscheidenden Wirkungen politischer Bildung nicht messen und belegen. Hier sehe ich derzeit eine grobe Oberflächlichkeit am Werk. Es wird so getan, als seien wir Wirtschaftsbetriebe, wo Input und Output eindeutig messbar seien. Bei dieser Betrachtung schneiden wir schlecht ab. Wir können selten ein Damaskus-Erlebnis registrieren. Einmal in 27 Jahren hatte ich den Eindruck, dass es mir gelungen ist, einen für Neonazismus anfälligen Menschen auf den demokratischen Pfad der Tugend zu führen. Das wäre eine sehr magere Bilanz.

Wir müssen uns damit abfinden, dass es keine Wirkungsgewissheiten geben kann. Wir haben aber eine Fülle von Indizien, die uns in die Nähe von Gewissheiten bringen. Jeder, der engagiert bei der Sache ist, kann die Erfolge der Arbeit fast mit Händen greifen. Was politische Bildung leistet, liegt jenseits und über der betriebswirtschaftlichen Rechtfertigung ihrer Arbeit.

Erfolge politischer Bildung

Für mich steht es zweifelsfrei fest, dass die Zentralen insgesamt einen enormen Beitrag zur politischen Kultur unseres Landes geleistet haben. Ohne diese Arbeit gäbe es weniger

Ein halbes Jahrhundert staatliche politische Bildung in Deutschland

demokratische Substanz in unserem Land. Das scheint mir so offensichtlich, dass es keinen Zweifel geben kann. Wer von uns weiß nicht, wie viel politische Literatur uns fast aus der Hand gerissen wurde, wie viele Tagungen überbucht waren, wie viele begeisterte Dankesbriefe nach erfolgreichen Aktionen politischer Bildung geschrieben wurden...

Nehmen wir z. B. einmal einen wichtigen Bereich aus unserer Arbeit heraus: Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und die Auseinandersetzung mit den Neonazis. Themen, die gerade hier in Niedersachsen stets eine bedeutsame Rolle gespielt haben. Die Reputation, die sich Deutschland in Europa und der ganzen Welt durch die offene und gründliche Befassung mit der schwierigen Vergangenheit erworben hat, geht weitgehend auf die Arbeit der Zentralen zurück. Hier gab es einen Konsens, der hervorragende Ergebnisse zeigte.

In den letzten 50 Jahren habe ich niemals Fälle von Bedeutung erlebt, wo Maßnahmen politischer Bildung in Zweifel gezogen worden wären oder gar Schaden angerichtet hätten. Die Wertschätzung war stets vorhanden und in vielen Sonntagsreden ist die Arbeit für die Demokratie auch immer wieder gewürdigt worden. Aber es ist wie im normalen Leben: Freunde erkennt man in der Not. Die Wertschätzung politischer Bildung zeigt sich in der Krise! Und in Krisenzeiten leben wir!

Politische Bildung ist kein Lobbyismus

Wenn man älter wird, regt man sich nicht mehr so mächtig auf wie in jüngeren Jahren. Das ist eine gute Entwicklung. Worüber ich mich aber immer noch mächtig wie ein junger Heißsporn aufrege, das sind Situationen, wo ich als Lobbyist behandelt werde. Unsere Arbeit für die Demokratie wird also dann betrachtet, als ob das ein Spezialhandwerk wäre, für das sich eben einige wenige interessieren, die ihre Freude daran haben. Was für ein krasses Missverständnis! Uns liegt die Demokratie am Herzen, die ja alle Bereiche unserer Gesellschaft durchdringen sollte. Geht aber der demokratische Geist in einer Gesellschaft zurück, dann ist alles andere, was sonst geschieht, nicht viel wert. Ist das so schwer zu begreifen! Die Demokratie bedarf nachhaltiger Pflege. In der Tagespolitik kommt diese Pflege oft zu kurz. Darum ist es geradezu notwendig, Einrichtungen mit einem klaren Auftrag der Demokratiepflege zu schaffen, die das Wohl unserer Demokratie zentral im Auge haben.

In der Zeit neonazistischer Brandanschläge war ich gerade zur ärztlichen Untersuchung in einem Stuttgarter Krankenhaus. Der Arzt fragte mich nach meinem Beruf und war ganz erleichtert zu erfahren, dass es Leute gebe, die professionell und nachhaltig für die demokratische Kulturpflege arbeiten. Natürlich sollte seine persönliche Entlastung nicht so weit gehen, dass er als Arzt gar keinen Beitrag für die Demokratie leisten kann. Aber ohne Impulse von offiziellen Einrichtungen kommt im gesellschaftlichen Bereich zu wenig zustande. Wir setzen die Impulse und noch ein bisschen mehr.

Neue Herausforderungen politischer Bildung

Manche sagen: Die politische Bildung hat ihr Werk vollbracht. Sie hat nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Sinn gehabt. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit war wichtig und sinnvoll. Mittlerweile ist aber die politische Kultur nach 50 Jahren gefestigt, jetzt können wir mit unseren Anstrengungen nachlassen oder sie gar einstellen. Was auf den ersten Blick plausibel erscheinen mag, erweist sich schon beim zweiten Hinsehen als oberflächlich und unbegründet. Sicherlich spielt heute die Auseinandersetzung mit der

Ein halbes Jahrhundert staatliche politische Bildung in Deutschland

Vergangenheit nicht mehr die tragende und herausragende Rolle bei der Begründung politischer Bildung, aber wer wagt es heute zu behaupten: Unsere Demokratie ist krisenfest. Sie kann alle Stürme ertragen.

Auch heutzutage wird kein Mensch als Demokrat geboren. Wer in der Wiege liegt, liegt da schon mit voller Menschwürde, aber die demokratischen Weihen muss er sich noch nach und nach erwerben. Und diese Arbeit ist meistens ein lebenslanger, nie ganz abgeschlossener Prozess, der ohne ein Mindestmaß von politischer Bildung nicht gelingen kann. Dazu kommt, dass der Demokratie bei uns und weltweit der Wind heftig ins Gesicht bläst. Ich rechne mich nicht zu den Katastrophen-Didaktikern, die den Leuten mit Ängsten die politische Bildung einbläuen wollen, ich nehme aber sehr ernst, wie z. B. Ralf Dahrendorf die aktuelle Lage analysiert. Ich empfehle Ihnen sehr, seine neueste Schrift „Auf der Suche nach einer neuen Ordnung“ zu lesen. Er sieht einen gewissen Trend weg von Demokratien hin zu autoritären Systemen. Im Einzelnen konstatiert er einen möglichen schleichenden Verfall von Recht und Ordnung. Ich halte es für erstaunlich, dass der Liberale Dahrendorf von der Notwendigkeit von Ligaturen redet. Er kritisiert die Philosophie des „anything goes“, also der grundsätzlichen Beliebigkeit aller Optionen und betont:

„Wenn alles gleich gültig wird, ist auch alles gleichgültig“.

Wir brauchen also Ligaturen, d. h. tiefe Bindungen, ob sie von der Religion, philosophischen Ansätzen, Institutionen, Familien ... herkommen. Ich zitiere jetzt Ralf Dahrendorf:

„Weniges ist schlimmer als die Beliebigkeit der haltlosen Welt, denn der Weg von der Anomie zur Tyrannei ist kurz“.

Wenige Punkte der Dahrendorfschen Analyse möchte ich nur kurz skizzieren:

- Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die durch ihre sozialen Probleme auch demokratiegefährdende Wirkungen erzeugt, kann nach ihm nur schwer gelingen, weil sich die traditionelle Arbeitswelt mehr und mehr auflöst und das Kapital sich verselbstständigt.
- Eine weitere Demokratiegefährdung stellt der weltweit agierende Terrorismus dar. Und es gehört ja zu den fast unvermeidbaren Schwächen von Demokratien, dass sie zur Abwehr von schlimmen Gefahren unter Umständen zu Methoden greifen, die auch wieder demokratiegefährdenden Charakter haben können. Es ist eine Herkules-Aufgabe, Sicherheit in diesen schwierigen Zeiten in Freiheit zu gewährleisten.
- Auch die rasant fortschreitende Globalisierung hat derzeit noch eher demokratiegefährdenden Charakter, weil es weltweit immer noch deutlich mehr autoritäre und diktatorisch regierte Staaten gibt als demokratische.
- Dazu kommen die Probleme im Innern durch den immer noch nicht gelösten enormen Problemstau, wo es schnell auch zum falschen Urteil kommen kann, in der Demokratie könnten entscheidende Probleme nicht gelöst werden.
- Auch die Verachtung der politischen Klasse ist in Deutschland inzwischen so hoch, dass es weit über eine wünschenswerte kritische Distanz hinausgeht.

Mich hat übrigens schon immer gewurmt, dass die Mehrzahl der Deutschen den Wert unserer Demokratie in erster Linie an den wirtschaftlichen Wohlstand koppelt. Kommt es hier zu echten Problemen, können immer wieder politische Rattenfänger Nutzen aus der Lage ziehen. Ich erwähne nur kurz: NPD, DVA, Republikaner. Hier sind die Demokratien

Ein halbes Jahrhundert staatliche politische Bildung in Deutschland

in den angelsächsischen Ländern gefestigter. Dort sagen die Leute, wir haben zwar wirtschaftliche Probleme, aber wir leben in Demokratie und Freiheit. Bei uns heißt die Lesart: Wir haben wirtschaftliche Probleme, also kann es mit unserer Demokratie nicht weit her sein. Welch ein Trugschluss!

Diese problematische Einstellung in Deutschland lässt sich m. E. auch nur mit politischer Bildung ändern. Es ist überhaupt besorgniserregend, dass nach einer Untersuchung von Werner Patzelt nur 50 % der Deutschen glauben, mit der Demokratie ließen sich Deutschlands Probleme lösen. Ich glaube nicht, dass ich das demokratiegefährdende Potenzial überzeichnet habe. Wenn wir es Ernst nehmen, dann müssen wir einräumen, dass politische Bildung **eine** Möglichkeit ist, damit produktiv fertig zu werden. Nur mit politischer Bildung gelingt der Umschwung von der **Schlafwagen- zur Bürgergesellschaft**.

„Wir sind das Volk“ war die tolle Parole von 1989, die dem Kern des demokratischen Gedankens entspringt. Dieses Bewusstsein muss durch politische Bildung aufgebaut werden. Das ist eine gewaltige Herausforderung. Um mich noch einmal auf Werner Patzelt zu berufen: „Die Bürgerinnen und Bürger leben mit ihren politischen Meinungsbekundungen weit über ihren Verhältnissen politischer Bildung“.

Die Stärken unserer Demokratie herausstellen

Es ist eine Kernaufgabe politischer Bildung, unserer demokratischen Ordnung etwas mehr Strahlkraft zu verleihen. Die Stärken unserer Demokratie sind ja leider den Sinnen so schwer zugänglich. Man kann sie nicht kosten, nicht schmecken, nicht unmittelbar spüren. Das ist ein echtes Problem.

Die Demokratie zeigt eine oft wenig repräsentable Außenseite: eine komplizierte Verfassung, eine Vielfalt kaum überschaubarer Institutionen, eine Vielzahl von Regelungen und Verfahren. Da wird es einem nicht gerade warm ums Herz. Und doch hat das meiste davon einen Sinn, der allerdings nur durch politische Bildung erschlossen werden kann. So betreiben wir im besten Sinn Imagepflege für unsere Demokratie. Und das ist nötig.

Weisen wir doch immer wieder auf den schönsten und wichtigsten Satz im Grundgesetz hin, der gleich am Anfang steht:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Ich möchte nicht Unebenheiten, die es natürlich gibt, glatt bügeln und die Harmonie zur Grundtugend der Demokratie machen. Nein, Konflikt und Streit gehören zum Wesen demokratischer Ordnung. Es ist ein Jammer, wenn an jedem deutschen Stammtisch darüber geklagt wird, dass sich die Parteien in wichtigen Fragen in den Haaren liegen. Das muss so sein, weil nur im Ringen um die beste Lösung Fortschritte erzielt werden können. Wer in Seminaren von Landeszentralen solche Konflikte selbst schon durchgespielt hat, schüttelt nicht so schnell den Kopf, wenn im Bundestag wieder einmal so richtig gestritten wird.

Die schwierige Regierungsform Demokratie braucht also eine Helferin, eine Interpretin und Unterstützerin. Man kann schlicht und einfach sagen:

Ein halbes Jahrhundert staatliche politische Bildung in Deutschland

Demokratie braucht politische Bildung.

Wenn man diesen Zusammenhang begriffen hat, dann führen die vielen ungelösten Probleme, unappetitliche Affären, menschliche Unzulänglichkeiten nicht zum Klagegeschrei über die Demokratie.

Ich empfinde es als ein Riesenglück, dass ich in meinem Leben mit Bewusstsein nur Demokratie erlebt habe. So wird es vielen gehen, die hier versammelt sind. Wir geben dieser Freude zu wenig Ausdruck.

Unser letztes Jubiläum in Baden-Württemberg haben wir zu einem Fest der Demokratie gemacht. Am 23. Mai – dem Geburtstag des Grundgesetzes – gehen wir jedes Jahr mitten hinein in die Stuttgarter Fußgängerzone, um mit einem Glas Sekt auf diesen Geburtstag anzustoßen. Es gibt sicher noch viele Möglichkeiten, die Freude über die Grundlagen unserer Demokratie nach außen zu kehren. Wenn wir das in die Hand nehmen, dann funktioniert das erstens und zweitens erhalten wir auch einen anderen Anstrich, weil wir schon ein bisschen zu Recht ein zu gelehrtes, zuweilen griesgrämiges Image haben, obwohl wir den schönsten und wichtigsten Job verrichten, den es gibt, nämlich Arbeit für unsere Demokratie. Von Tocqueville stammt der Satz:

„Man kann es nicht genug betonen: Nichts ist fruchtbarer als die Kunst, frei zu sein; aber nichts ist schwieriger als die Lehrzeit der Freiheit.“

Die Vielfalt der Träger politischer Bildung

In Zeiten von Kürzungen muss man sich noch mit einer Argumentation auseinandersetzen, die immer wieder zu hören ist:

Braucht man denn so viele Einrichtungen politischer Bildung?

Die Bundeszentrale wird gegen die Landeszentralen ins Spiel gebracht und umgekehrt. Die freien Träger werden als die Stützen der Demokratie gefeiert oder im Hinblick auf die Zentralen kurz gehalten usw. Alle werden gegeneinander ausgespielt. Bei diesem Spiel machen wir nicht mit! Nimmt man alle Träger, die in unserer Republik etwas für unsere Demokratie arbeiten, zusammen, so ist es in der Gesamtbilanz immer noch zu wenig im Hinblick auf die gewaltige Aufgabe. Darum bin ich für jeden neuen und zusätzlichen Träger politischer Bildung dankbar und betrachte ihn nicht als unliebsame Konkurrenz. Alle, die für das Wohl unserer Demokratie arbeiten, sind herzlich willkommen.

Sie werden jedoch verstehen, dass ich angesichts des denkwürdigen Jubiläums der Niedersächsischen Landeszentrale besonders auf die politische Bildung im öffentlichen Auftrag eingehe.

Unsere Gesellschaft, die ja pluralistisch strukturiert ist, braucht auch Einrichtungen, die das Ganze abbilden, damit es nicht aus dem Gesichtsfeld entschwindet. Wir machen in unserer Landeszentrale schon seit längerem Befragungsaktionen bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unserer Bildungsveranstaltungen. Was die meisten von Ihnen schätzen,

- das ist die Überparteilichkeit
- die Vielzahl der gebotenen Standpunkte

Ein halbes Jahrhundert staatliche politische Bildung in Deutschland

- die offenen Fenster, durch die der Wind aus unterschiedlichen Richtungen bläst
- das bunte Mosaik, das in den verschiedenen Teilen doch das Ganze zum Ausdruck bringt
- die Tatsache, dass politische Bildung der Zentralen keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist.

Das sind Urteile von Leuten, die aus guten Gründen das Bildungsangebot der Zentralen für politische Bildung bevorzugen und zwar in einem solchen Maß, dass die Nachfrage unserer Angebot bei weitem übersteigt. Statt aufs Gaspedal müssen wir zu oft leider auf die Bremse treten. Und das in Zeiten, wo die Arbeit zunimmt.

Sie spüren: die Leute, die zu uns kommen, schätzen unsere Arbeit vor allem, weil sie in besonderer Weise dem Beutelsbacher Konsens unterworfen ist. Sie wissen, das Weinstädtchen Beutelsbach liegt nahe bei Stuttgart, sodass wir uns fast als Gralshüter dieses Konsenses fühlen.

Die Leute spüren: Politische Bildung im öffentlichen Auftrag ist ein großartiges Angebot, das aber nie überwältigt. Und das Angebot ist nicht langweilig und auch nicht harmoniesüchtig, sondern es ist kontrovers und spannend. Und es ist kein abstraktes, einer Ideologie dienendes Angebot, sondern es ist auf die Menschen bezogen, die zu uns kommen und die spüren, dass es um Fragen und Probleme geht, die ihnen auf dem Herzen liegen.

Bei allem Respekt vor allen anderen Trägern, denen ich für ihre Arbeit viel Erfolg wünsche,

das Angebot der Zentralen, die nach den beschriebenen Grundsätzen arbeiten, ist weiterhin unverzichtbar. Die Lücke würde keine andere Einrichtung jemals schließen können. Deshalb bedürfen die Zentralen für politische Bildung auch in schwierigen Zeiten eher des Aufbaus als des Abbaus.

Die Niedersächsische Landeszentrale arbeitet erfolgreich

Und jetzt noch einige Worte zu unserem Jubilar. Schauen Sie den Jahresbericht 2002 an und Sie spüren, die Zentrale lebt und ist nicht altersschwach. Die Niedersächsische Landeszentrale hat das

- Projekt „Schule ohne Rassismus“ zu einem Erfolg gemacht;
- sie arbeitet am europäischen Jugendaustausch,
- sie setzt sich für den Austausch der Kulturen ein,
- sie arbeitet weiterhin intensiv an Bergen-Belsen,
- sie unterstützt bürgerschaftliches Engagement und
- sie kämpft gegen Gewalt und Extremismus.

Das sind nur einige Blitzlichter auf die Arbeit dieser Zentrale, die hoffentlich ungeschmälert weitergeführt werden kann.

In meinem Alter kann ich das sagen: Auch nach 49 ist man noch zu Leistungen fähig, und man darf sich auf schöne Jahre freuen. Allerdings braucht man auch nach 49 ab und zu etwas zu essen und zu trinken – bei aller Bereitschaft zur Askese. Wir müssen sehr sparsam und verantwortungsvoll mit den uns anvertrauten Mitteln umgehen. Das ist eine bare Selbstverständlichkeit!

Ein halbes Jahrhundert staatliche politische Bildung in Deutschland

Eins darf aber nicht passieren: dass man der politischen Bildung im öffentlichen Auftrag mit Verweis auf finanzielle Probleme die Luft zum Atmen nimmt. Wer nämlich in dieser Linie weiterdenkt, der kommt auch eines Tages auf den Gedanken, ob man nicht auch mit ein bisschen weniger Demokratie auskommen könne, weil doch auch die Demokratie eine kostspielige Sache sei.

Ja, das stimmt: die Demokratie ist teuer, ihre Einrichtungen und Gremien kosten viel Geld. Mit einem Wort: eine Diktatur wäre scheinbar billiger! Welche Rechenkünste! Nein, die Demokratie ist bestimmt kostspielig, sie ist aber unbezahlbar und ein kostbares Kleinod, das wir nie mehr aufs Spiel setzen dürfen. Fangen wir ja nicht mit dem Zündeln an. Weil die Demokratie so kostbar ist, sind auch diejenigen, die zum Wohl unserer Demokratie arbeiten, so wichtig und unverzichtbar. Die Politikverachtung in Deutschland darf auch nicht nur ein wenig zunehmen.

Darum mein Wunsch zum Jubiläum der Niedersächsischen Landeszentrale: Mögen alle, die für das Wohl und Wehe Ihrer Landeszentrale Verantwortung tragen, spüren, dass es nicht abstrakt um die Streichung von Stellen und Mitteln geht, sondern konkret um die politische Kultur und die Stärkung unserer Demokratie. Wenn Sie von diesem Geist getragen sind, ist mir um die Zukunft dieser Landeszentrale nicht bange.

Dr. Siegfried Schiele
Direktor der Landeszentrale für
politische Bildung Baden-Württemberg